

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlagsredaktion: Am Markt Dresden Nr. 21.202  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Post-Konto: Elbgaupresse Dresden, Stralauer Platz Nr. 608  
Postfach-Nr.: 212 Dresden

Tagzeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Dezer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner beide in Dresden.

Abdruckt täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8-spaltige Polit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 10 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Hochschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigennahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeile fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Frage od. Kontur d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwiger Str. 4  
90. Jahrgang

Nr. 41

Freitag, den 17. Februar

1928

## Nehme Rücksicht auf die Wirtschaft!

### Eine Denkschrift der Industrie an die Regierung

#### Morgen werden wir's wissen, ob der Reichstag doch noch sofort aufgelöst wird

#### Ein Befahrenmoment

Die Forderungen der Deutschnationalen zu der Ostpreußen- und Landwirtschaftshilfe gehen, wie verlautet, ziemlich weit; es ist nicht ausgeschlossen, daß hieran die Beilegung der innerpolitischen Krise überhaupt scheitert. In diesem Falle ist mit einer sofortigen Auflösung des Reichstages zu rechnen. Bisher würde nur ein Notetat und ein Ueberleitungs-gesetz für die Strafrechtsverhandlungen zu verabschieden sein, was in wenigen Stunden geschehen könnte.

#### Die Sozialdemokraten verlangen Garantien

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in ihrer Sitzung vom Donnerstagabend mit der Erledigung der Reichstagsarbeiten befaßt, wie sie das Programm der Reichsregierung, das bisher allerdings in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt ist, vorliest. Die Fraktion ist mit der im Arbeitsprogramm der Regierung vorgesehenen Verabschiedung des Etats für 1928 und des Nachtragsetats für 1927 bis spätestens Ende März 1928 einverstanden. Sie ist bereit, einer Regelung betr. der Kontingentierung der Staatsdebatten zuzustimmen, die die rechtzeitige Verabschiedung des Etats zum Ziele hat.

Eine solche Vereinbarung bedeutet keine Zustimmung zum Etat.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zum Etat nur Anträge gestellt, die sich nach Lage der Reichsfinanzen verantworten lassen. Ihre Streichungsanträge gehen in der Summe weit über die wenigen Erhöhungsanträge hinaus. Die sozialdemokratische Fraktion sieht den angeforderten Anträgen der Reichsregierung auf Unterstützung der Kleinrentner entgegen. Sie ist der Auffassung, daß nach Maßgabe der etatsmäßig vorhandenen Mittel gleichzeitig die Sozialrentner in ihren Beträgen aufbessert werden müssen. Die Fraktion

setzt als selbstverständlich voraus, daß die bisherigen Regierungsparteien Anträge auf Erhebung von Einpositionen weder für den Etat von 1928 noch bei dem Nachtragsetat für 1927 stellen werden.

Die Fraktion sieht den angekündigten neuen Anträgen der Reichsregierung zum Liquidationsschädengesetz entgegen und ist grundsätzlich bereit, die Verabschiedung dieses Gesetzes vor Ende März 1928 zu fordern. Sie ist ferner bereit einem Ueberleitungs-gesetz zuzustimmen, das die Fortführung der Beratungen des Strafrechtshilfsentwurfes im kommenden Reichstag erleichtern soll.

Die sozialdemokratische Fraktion hält sich an diese Bedingungen nur gebunden, wenn die Sicherheit dafür gegeben ist, daß die Neuwahlen spätestens am 13. Mai d. J. vorgenommen werden.

#### Verhandlungen über das Arbeitsprogramm

Das Reichskabinett versammelte sich gestern nachmittag im Reichstag unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Bergt, um das vom Reichstag noch vor seiner Auflösung zu erledigende Arbeitsprogramm zu beraten. Zunächst wurde die Frage des Liquidationsschädengesetzes in Angriff genommen. Das Kabinett stellte sich auf den Standpunkt des Reichsfinanzministers,

daß dieses Gesetz ein Schlußgesetz sein müsse,

was allerdings gegen eine weitergehende Entschädigung bei Neuverfestigung der Reparationen nichts einzuwenden sein würde. In der Parteiführerbesprechung bildete der Kabinettsbeschluss über das Liquidationsschädengesetz die Grundlage der Beratungen. Wie verlautet, erklärten sich die Vertreter aller vier beteiligten Parteien mit dieser Lösung einverstanden. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur noch über die Entschädigungssätze. Eine neue Staffellung dieser Sätze soll bis heute gesucht werden. Die Verhandlungen des Reichskabinetts werden heute fortgesetzt.

#### Allein auf weiter Flur

#### Ablehnung eines kommunistischen Antrags auf Reichstagsauflösung

Berlin, den 16. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Stoeker (Komm.) die Beratung eines kommunistischen Antrages, der die Auflösung des Reichstages verlangt. Es wird Widerspruch erhoben, so daß der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichswehrministeriums wird fortgesetzt beim Kapitel

#### Wohnungs- und Siedlungswesen.

Abg. Bälwin (Zos.) beantragt die Einstellung von fünf Millionen Mark in den Etat zur Förderung der Landarbeiterwohnung für Neubauverbildung bei Aufnahme von Landarbeitern. — Abg. Jäger (Zos.) kritisiert die Höhe der Landarbeiter, die viel zu niedrig seien. — Abg. Beck-Oppeln (Ztr.) beantragt Entschädigungen, in denen verlangt wird, daß die subventionierten Siedlungsgesellschaften bis zum 1. Juli

eine genaue Geschäftsübersicht für das abgelaufene Kalenderjahr vorlegen. — Abg. Wehnermann (D. Sp.) meint:

Mit Krediten allein könne die Siedlung nicht gefördert werden,

denn die auf der Landwirtschaft im allgemeinen liegende Zinsenlast drücke noch in stärkerem Maße die Siedler. Den Siedlern müßten 90 Prozent des Kapitals zinslos gegeben werden. — Abg. Behrens (Dnl.) erklärt, die Verbesserung der Landarbeiterwohnungen werde erst möglich sein, wenn die Wirtschaftlichkeit des Landwirtschaftsbetriebes gesichert wird. — Abg. Giese (Dnl.) führt aus, die ausländischen Landarbeiter seien solange nicht zu entbehren, wie die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit die Landarbeit meiden.

Abg. Stoeker (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der Freitagssitzung den kommunistischen Antrag zu legen, der die Regierung auffordert, dem Reichspräsidenten die sofortige Auflösung des Reichstages vorzuschlagen. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten wird die Anhebung des kommunistischen Antrages abgelehnt.

#### Es bleibt bei der 1-Uhr-Polizeistunde

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde gestern bei der Weiterberatung des Schankstättengesetzes § 14, der die Besetzung der Polizeistunde betrifft, unter Annahme eines Zentrumsantrages folgendermaßen gehalten:

„Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde hat Bestimmungen über die Besetzung und Handhabung der Polizeistunde in Gast- und Schankwirtschaften nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Schank- und Gastwirtschaftsbetriebe zu erlassen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Dabei ist anzunehmen, wann die Polizeistunde beginnt und wann sie endet unter welchen Voraussetzungen sie verlängert und verkürzt werden darf und wie ihre Einhaltung zu überwachen ist. Die äußerste Grenze für die Festsetzung der Polizeistunde ist 1 Uhr nachts, sofern nicht besondere örtliche Verhältnisse oder besondere Anlässe eine Ausnahme rechtfertigen, worüber die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde entscheidet.“

#### Die Reichswehruniform sieht zu nüchtern aus

Im Haushaltsausschuss des Reichstages legte bei der Aussprache über die neue Bekleidung der Truppen Oberst v. d. Busche dar, die Felduniform sei überaus einfach gewesen. Aus allen Teilen der Armee sei der Wunsch gekommen, für die gesellschaftlichen Zwecke festlicher Aussehen, genau wie der Zivilist sich ja auch für gesellschaftliche Zwecke schmücken werde. Die englische Armee sei bereits wieder zu ihrer roten Friedensarmee zurückgekehrt. Ähnliche Ansätze seien in Amerika mit Begeisterung von der Presse aufgenommen worden.

#### Burra, eine neue Partei

Nachdem die in Frage kommenden politischen Parteien es ablehnten, Vertreter des Reichsverbandes der Haus- u. Grundbesitzervereine Deutschlands auf ihre Wahlliste zu setzen, ist gestern in Halle die Haus- und Grundbesitzerpartei gegründet worden, die zu den bevorstehenden Reichs-

und Landtagswahlen eigene Listen aufstellen wird. Der Reichsverband steht in keiner Verbindung mit dem Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands.

#### Notbehelf

Es ist in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus eine bisher noch nicht zu verzeichnende gewesene Tatsache, daß die Regierungs- und Parlamentskrise des Kabinetts Marx trotz des immer mehr verschärften Konfliktes zwischen den einzelnen Koalitionsparteien eine so programmatische Abwicklung erfuhr, wie sie jetzt in dem in Vorbereitung befindlichen Not-Arbeitsprogramm niedergelegt ist. Positiver Zungen — und die gibt es heute nicht mehr allein in der Opposition — behaupten, erit jetzt erweise sich in vollem Umfange die Wichtigkeit des Wortes, daß „eine Koalition keine Gefinnungs-, sondern eine Arbeitsgemeinschaft“ sei. Die Koalition des von der Linken stets mit „Bürgerblock“ bezeichneten Kabinetts Marx besteht zwar seit Mittwoch nicht mehr, aber das Kabinett Marx wird aus sich selbst heraus die Geschäfte der Reichsregierung fortführen und wird, was auch sonst nie vorher der Fall war, sogar mit sehr wichtigen geschäftlichen Arbeiten vor den Reichstag treten. Dazu gehört nun abermals eine Koalition, eine parlamentarische Sicherheit, die sich das Kabinett Marx wiederum aus sich selbst heraus schafft durch ein Notprogramm, zu dessen Garantien sie auch die Sozialdemokraten und die Demokraten zählen darf.

Im Reichstag hat diese Wiederaufrichtung der Großen Koalition mit den Ministern des Bürgerblocks größte Sensation hervorgerufen. Ein prominenter ausländischer Journalist erklärte, die Geschichte der Regierungskrise von 1928 werde für das Ausland unbedingt ein Bild ganz besonderer parlamentarischer Disziplin bieten, ähnlich dem, das die französische Kammer bot, als die Kartellregierung gestürzt und die neue Regierung der „nationalen Einigung“ gebildet wurde. In den Nuancen und besonders in der Richtung der politischen Aktionsfähigkeit liege zwar zwischen beiden Vorgängen ein weiterer Unterschied, man dürfe aber nicht übersehen, daß die Parteien des Reichstages bemüht gewesen seien, eine nur von Krisenstimmung beeinflusste Haushaltsverabschiedung zu verhindern.

Innerepolitisch ist zur Entwicklung der Ereignisse am 15. Februar noch nachzutragen, daß man sich zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten geeinigt hat, auch die Wahlen in Preußen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen. Ob das heißt, daß beide Wahlen von diesen drei Parteien unter der Parole der Weimarer Koalition durchgeführt werden sollen, wurde allerdings nicht gesagt. Jedenfalls dürfte nach den Neuwahlen das Schwerkgewicht der Entscheidung bei dieser Weimarer Koalition liegen, selbst wenn für das Reich oder für Preußen oder für beide bis dahin die Wege für die Große Koalition wieder geebnet sein würden.